

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten

**Entwurfs eines Gesetzes zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur
Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung
(Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz – KVKG)
– Drucksachen 8/166, 8/173, 8/338 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Artikel 1 § 1 Nr. 36 ist § 372 Satz 1 wie folgt zu fassen:

„Die Landesverbände schließen mit Wirkung für ihre Mitglieds-
kassen mit den Landesverbänden der Krankenhäuser Rahmen-
verträge über die allgemeinen Bedingungen der Krankenhaus-
pflege, insbesondere über Aufnahme und Entlassung, Beschei-
nigungen sowie Übernahme und Abwicklung der Kosten.“

Bonn, den 11. Mai 1977

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Der Grundsatz der Chancengleichheit gebietet es, daß die Ver-
träge auch auf der Krankenhausseite von den Landesverbänden
abgeschlossen werden.

Wortlaut und Begründung der Vorschrift lassen den Inhalt der
Verträge völlig offen. Eine Notwendigkeit für vertragliche
Regelungen besteht nur für die im Änderungsvorschlag genann-
ten Bereiche.

Der Hinweis auf das Krankenhausfinanzierungsgesetz kann als
überflüssig entfallen. Er ist im übrigen unvollständig, da auch
andere Regelungen, insbesondere der Bundespflegesatzverord-
nung, zu beachten sind.